



Tägliche Omaha Tribune

PUBLISHED AND DISTRIBUTED UNDER PERMIT (No. 364), AUTHORIZED BY THE ACT OF OCTOBER 6, 1917, ON FILE AT THE POST OFFICE OF OMAHA, NEBR. BY ORDER OF THE PRESIDENT A. S. BURLISON, POSTMASTER-GENERAL

35. Jahrgang. Omaha, Neb., Donnerstag, den 5. Juni 1919. 4 Seiten.—Nr. 72.

Mit den Türken wird nicht gefackelt

Werden zu den ihnen unterbreiteten Bedingungen Ja und Amen sagen müssen; Deutsche werden am 12. Juni Antwort erhalten

In Deutschland sucht man Anschluss an Amerika

Paris, 5. Juni. (Von Fred Ferguson, Korrespondent der United Press.) — Die „Großen Vier“ haben unoffizielle Berichte zufolge, beschlossen, die türkischen Friedensdelegationen vor sich zu beschließen, jedoch ist das genaue Datum noch nicht festgelegt worden. Aus derselben Quelle verlautet, daß man die Türken eher als Staffage als bevollmächtigte Friedensdelegationen betrachtet; es dürfte ihnen schwerlich Gelegenheit gegeben werden, Einwürfe gegen die der Türkei aufgelegten Friedensbedingungen zu erheben; sie müssen sich damit zufrieden geben, was von ihnen gefordert wird.

Amerika dürfte bei Abfassung der Bedingungen nur als Berater hinzugezogen werden, da die Ver. Staaten keinerlei Interesse daran haben, außer sie übernehme das Mandat über einen Teil des früheren türkischen Reiches.

Die Frage der Wiedergabe der den Deutschen gestellten Bedingungen beschäftigt immer noch die „Großen Vier“. Die amerikanischen Sachverständigen sind immer noch derselben Ansicht, wie zu Beginn der Friedensverhandlungen. Noch vor wenigen Tagen glaubte man, daß es ganz und gar von Lord George abhängt, ob die Bedingungen gemildert werden sollten, und jetzt haben die Briten eine derartige Sinnesänderung zugunsten der Wiedergabe des Vertrages zur Schau getragen, daß sich deren Ansichten genau mit denjenigen der Amerikaner zu demjenigen der Konferenz decken. Alles, was die amerikanischen Delegierten jetzt tun können, ist, die Ansichten der Briten und Franzosen einander näher zu bringen. Premier Clemenceau aber will von einer Änderung der Bedingungen nichts wissen.

Der gemeinsame Bericht der amerikanischen, britischen, französischen und italienischen Sachverständigen über die deutschen Einwürfe wird baldigst interbreitet werden, so daß man vielleicht schon am 12. Juni auf eine Antwort auf die deutschen Gegenentwürfe erwarten kann.

Zur Sachlage.

London, 5. Juni. — Trotzdem die österreichische Regierung und die österreichischen Zeitungen mit den Friedensbedingungen unzufrieden sind, scheint sich das Volk der neuen Republik Österreichs dennoch in sein Schicksal zu fügen, wissend, daß es schicksalhaft ist, denn der einst so mächtige österreichisch-ungarische Staat ist zu einem von allen Meeren abgegrenzten kleinen Land herabgesunken. Die allgemeine Meinung geht dahin, daß man es mit einem Frieden der Gewalt zu tun hat und nicht mit einem solchen, der auf die 14 Punkte des Präsidenten Wilson zurückzuführen ist.

Die „Großen Vier“ beraten gewöhnlich die von den deutschen Delegationen unterbreiteten Einwände; andere Aufmerksamkeit wird jedoch auf die Verhandlungen über das Schicksal und Schadenersatzfragen gelegt; und in dieser Hinsicht sind die Friedensbedingungen ein wenig erlässert, besonders die Bestimmungen über das Schicksal und Schadenersatzfragen.

Die Verhandlungen über das Schicksal und Schadenersatzfragen sind ein wenig erlässert, besonders die Bestimmungen über das Schicksal und Schadenersatzfragen.

Die Verhandlungen über das Schicksal und Schadenersatzfragen sind ein wenig erlässert, besonders die Bestimmungen über das Schicksal und Schadenersatzfragen.

Senator Hitchcock verlangt Aufklärung

Der volle Text der Friedensbedingungen befindet sich angeblich in Händen der Hochfinanz.

Washington, 5. Juni. — Die letzten Senatsbesprechungen der Friedensbedingungen an Deutschland traten gestern in ein neues Stadium, als Senator Hitchcock, der leitende Demokrat im Komitee für auswärtige Angelegenheiten, einen Vorschlag einbrachte, in welchem er verlangt, daß das Komitee die Hauptthesen des Vorsitzenden Lodge und Senator Vora, daß sich der Text der bisher nicht veröffentlichten Friedensbedingungen in Händen der New Yorker Hochfinanz befindet, einer genauen Untersuchung unterzieht.

Die Senatoren Vora und Lodge erklärten sich mit einer derartigen Untersuchung sofort einverstanden, welche den Zweck verfolgt, die Namen der Einzelpersonen, Korporationen oder Vereinigungen, welche die Friedensbedingungen in Händen haben, zu ermitteln, welche Interessen dieselben daran haben und wie und durch welche Methoden diese Schiffbrüche in deren Händen gelangten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß im Laufe der Untersuchung verschiedene amerikanische Friedensdelegationen in Paris zur Zeugenaussage aufgerufen werden. Verschiedene Senatoren sind antwortend gegen eine zu gründliche Untersuchung dieser Angelegenheit, da befürchtet wird, daß verschiedene hochstehende Persönlichkeiten durch diese Kombrömiert werden könnten. Senator Hitchcock dagegen behauptet, daß alle jene Persönlichkeiten, die für diesen Vertrauensbruch verantwortlich sind, unarmherzig vor dem Publikum bloßgestellt werden.

Senator Vora machte bekannt, daß er um eine vollständige Abschrift der Friedensbedingungen nachgehrt habe und dieselbe heute erwarde. Er wird dieselben hierauf in Protokoll des Senats aufnehmen lassen und dadurch dem Publikum zugänglich machen.

Wiener Zeitungen über Bedingungen

Der Bericht von Marburg und Klagenfurt wird besonders schwer aufgenommen.

Wien, 5. Juni. — Sämtliche Zeitungen Wiens sind über die Forderungen durch die Alliierten auferlegten Friedensbedingungen empört und aufgeregt. Sie haben das Publikum auf derartig große Gebietsverluste nicht vorbereitet und dem Volke stets glauben gemacht, daß Österreich bedeutend besser mit Deutschland behandelt werden würde. Die Volkswirtschaftlichen Anforderungen machen sich allenthalben breit. Besonders ausgebrochen ist man über die Italiener, Tschechen, Jugoslawen und Franzosen. Der Bericht von Marburg und Klagenfurt wird besonders betrauert. Die Arbeiterzeitung sagt: „Alles hat man uns weggenommen, ohne Rücksicht auf die 14 Punkte des Präsidenten Wilson; dies ist grauam und herausfordernd.“ Die Reichspost erklärt, daß die Bedingungen nicht härter sein könnten.

Dr. Eduard Reichl, Direktor der österreich. Bank sagt, daß die Bedingungen seine schlimmsten Erwartungen übertreffen, doch will er sich kein bestimmtes Urteil bilden, ehe ihm nicht die finanziellen Bedingungen bekannt sind. Er erklärt, daß sich das Volk Österreichs ruhig an Deutschland, seinen Leidensgenossen anschließen mag, da es ja doch nichts mehr zu verlieren habe.

Kopenhagen, 5. Juni. — Ein aus Wien eingetroffener Bericht meldet, daß die österreichische Nationalversammlung am Samstag, den 7. Juni, in Sitzung treten wird, um die Friedensbedingungen, welche den österreichischen Delegierten am Montag in St. Germain überreicht wurden, in Beratung zu ziehen.

Jülich, 5. Juni. — Die österreichische Regierung verordnete, einem hier eingetroffenen Telegramm zufolge, eine dreitägige Trauerperiode als Protest gegen die harten Friedensbedingungen.

Es ist leicht gesagt, man müsse die Gelegenheit beim Schopfe greifen, aber leider werden auch bei den Gelegenheiten die Glaten immer häufiger.

Interessantes aus der Bundeshauptstadt

Washington, 5. Juni. (Eigenbericht.) — Repräsentant George S. Graham von Pennsylvania, ein Mitglied des Gerichtswesens, ist mit der Ausarbeitung eines Gesetzes beauftragt, das eine strengere Bestrafung von Verbrechern unamerikanischer und revolutionärer Lehren in Friedenszeiten ermöglichen soll. Natürlich darf das Gesetz gegen die Umstürzer der konstitutionellen Garantien in Bezug auf Redefreiheit nicht verstoßen. Generalanwalt Palmer wird dem Kongress einen Gesetzentwurf übermitteln, durch den die hauptsächlichsten Bestimmungen des Spionagegesetzes auch zur Friedenszeit Geltung haben sollen. Repräsentant Martin L. Daben, ein neues Kongressmitglied von Ohio, hat Cleveland und Akron als Sitze revolutionärer Umtriebe bezeichnet. Er befürchtet, daß es daselbst zu weiteren Demonstrationen gegen Kapital und Regierung am 4. Juli kommen wird. Herr Daben will während dieser Session seine Hauptaufmerksamkeit den Fragen widmen, die sich gegen Radikalismus und Sozialismus richten.

Die Gründung einer dritten, einer Arbeiterpartei, die wiederholt schon in diesen Korrespondenzen erwähnt wurde, ist von der Pennsylvania State Federation of Labor auf deren Konvent in Harrisburg beauftragt worden, weil wieder die demokratische noch die republikanische Partei den Arbeitern oder den Durchschnittsleuten in Amerika irgendetwas Anstößiges eröffnen. Der Konvent erklärte sich gegen die Aufnahme der Arbeiter in die Politik der Alliierten und unterer Regierung und verlangte Zurückziehung unserer Truppen von dort. Verschiedene Petitionen an den Kongress aus Michigan haben sich ebenfalls dafür ausgesprochen. Der Konvent bringt ferner auf Aufhebung der Senger-Vorlage, welche sich gegen uneheliche Frauen und Kinder richtet.

Nachstehende Gesetze sind an den Kongress gestellt worden: Die Legislatur von Idaho verlangt deutsche Kanonen, um daraus ihren Kriegsteilnehmern Ehrenabzeichen prägen zu lassen. Ferner will sie auf Bundeskosten, 2000,000 Acres Oeländ in Idaho reklamieren und darauf entlassene Soldaten und Matrosen ansiedeln lassen. — Ausländer, welche durch Rückgabe des ersten Biers sich dem Kriegsdienste entgegenstellen, sollen deportiert werden. — Dasselbe Schicksal sollen alle naturalisierten Ausländer teilen, welche der Verletzung des Spionagegesetzes schuldig befunden wurden. Der Bürgerbrief wird ihnen selbstverständlich entzogen. — Deutsche und Österreicher, die nach der Heimat zurückkehren, um gegen die Alliierten und die Prinzipien unserer Regierung zu kämpfen, sollen nicht mehr zurückkehren dürfen. — Protestiert wird gegen die ehrenvolle Entlassung von prinzipiellen Kriegsgegnern und Ausweisung von Kleidern und Wohnung an sie, weil dadurch Druidegergertum und Prostitution ungehindert und profitabel gemacht würden. — Die Legislatur von Idaho will von Bundeswegen verhindert sehen, daß künstlich zu denselben Preise an das Publikum verkauft wird, wie Stierfleisch, für welches der Produzent \$5 pro Hundert mehr bezahlt wird. — Die Kommission der amerikanischen Seilsarmer, Jrl. Evangelina Booth, soll den Rang eines Obersten der regulären amerikanischen Armee mit Patent erhalten und durch sie den Offizieren und Mitgliedern der Seilsarmer der Dank des Kongresses ausgesprochen werden für die unschätzbaren Dienste, welche sie den amerikanischen Soldaten in Frankreich geleistet haben. — Die Frage der Kriegsprohibition beschäftigt verschiedene Vereinigungen. Unter den Petitionen an den Kongress überwiegen die dafür bedeutend. — \$500,000 sollen vom Kongress zur Bekämpfung und Ausrottung des „European Corn Vorer“ bewilligt werden, der sich in dem State Massachusetts eingemischt hat und ein gefährlicher Feind nicht allein von Mais, sondern auch von Hafer und von Gersten aller Art ist. — Auch die Etablierung eines National Conservatory of Music ist angezogen worden. Der Kongress soll eine Bewilligung machen, damit angehende Musiker und Sängereisen in weiterer Ausbildung erhalten und zu diesem Zweck nicht außer Landes zu gehen brauchen.

\$50,000 Preis für Flug nach Australien

Kalifornier Wandelbildermagnet deponiert diese Summe für erfolgreichen Flieger.

Venice, Kalif., 5. Juni. — Wie heute hier bekannt wird, hat Herr Thomas S. Jace, ein vermögendere und wohlbekannter Bildfabrikant, einen Preis von \$50,000 für den ersten erfolgreichen Flug von Amerika nach Australien ausgesetzt und diese Summe bereits dem hiesigen städtischen Schatzmeister mit den nötigen Anweisungen überreicht.

Der Verflüchtigung des Herrn Jace zufolge soll der erste Flieger, der die Luftreise von den Ver. Staaten nach Australien erfolgreich befehligt, die Summe von \$35,000 erhalten. Jener Flieger, der auf seinem Flug nach Australien zuerst die Samoa Inselgruppe erreicht, werden \$10,000 ausbezahlt werden. Sollten alle Versuche, Australien von hier per Flugmaschine zu erreichen, erfolglos sein, dann erhält der erfolgreichste Mann die volle Summe von \$50,000.

Ernstlich betrieben wird von dem neugeborenen Senator Gapper die Aufhebung des Gesetzes, welches die Sommerzeit eingeführt hat. Sie kondemniert den Farmer nicht; sie üben zur Zeit großen Einfluss aus. — Kiehlige Dimensionen nehmen die Petitionen wegen Überforderung der verheirateten Gattinnen seitens der verschiedenen Städte und Orte des Landes an. Sie betonen ganz besonders die „Congressional Records“. — Für Porto Rico Schulen sollen 20 Jahre lang je zwei Millionen Dollars pro Jahr vom Kongress bewilligt werden. Nur 164,005 Kinder der auf der Insel erhaltenen Unterricht, 250,000 nicht. Das Vermögen der Bevölkerung stellt sich auf \$199 pro Kopf, in den Ver. Staaten betrug es 1916 \$2200 pro Kopf. Ein geharnischtes Schreiben des Präsidenten Melitario Porras von Panama hat auf Antrag Senator Walsh's von Montana im „Congressional Record“ Aufnahme gefunden. Es bildet die Antwort auf einen Brief des Kommandeurs der Kanalzone, General M. W. Woodford, und einen Bericht seines Generalinspektors, Major Wells vom Judge Advocate General Department, die in der letzten Session des 65. Kongresses im „Congressional Record“ Aufnahme gefunden hatten. Der Brief des Generals und der Bericht des Majors behandelten die angeblich in den beiden Hauptstädten von Panama, Panama und Colon, bestehenden unethischen Verhältnisse. Der Brief des Präsidenten Melitario Porras wird verbleiben. Major Wells hatte berichtet, er habe in der Hauptstadt von Panama die Erhebungen anstellen lassen, mit dem Ergebnis, daß von 100 Frauen, die angeprochen wurden, nur drei sich weigerten, den vermeintlichen Don Juans ein Schicksal zu bewilligen. Und eine der drei habe aus dem Grunde von einem Besuche nichts wissen wollen, weil ihr Mann gerade zu Hause sei. Präsident Melitario Porras bezeugt die Behauptung, es gäbe in Panama nur zwei Frauen, die nicht Diensten, als mehr wie erlaublich. Er sieht darin einen weiteren Beweis der allgemeinen amerikanischen Unkenntnis in Verbindung mit lateinisch-amerikanischen Zuständen und eine Bestätigung der Vorurteile hochgehaltener Amerikaner, deren antilich Position sie diplomatisch und diskret machen sollte. Präsident Melitario erklärt die Veröffentlichung der Angaben Major Wells für die unangehörigste und unsämligste Beleidigung, die seinem Lande je widerfahren ist. Panama wäre zwar nur ein kleiner Staat, aber ein Freund und sogar ein Verbündeter der Ver. Staaten. Der eine diplomatische Zwischenfall mit Panama ist durch Veröffentlichung der Angaben Major Wells abgetan worden; für einen zweiten ist Senator Reed von Missouri verantwortlich, der in seiner Völkerverdammung behauptete, die Bevölkerung Panamas bestöhe zu 90 Prozent aus Negern und Malakken. Ein Antwort auf diese Affäre steht noch aus. Die Petition mit Panama erfolgte gemeinschaftlich am Vorabend der pan-amerikanischen Konferenz, die vom 2. bis 6. Juni in Washington stattfand.

Einbildung ist verantwortlich für die Hälfte unserer Sorgen, und Dummheit für die andere Hälfte.

Fürchterliches Grubenunglück

125 Kohlengraber getötet, über 60 verletzt; Sunkten, die einem gebrochenen Draht entspringen, verursachten eine Explosion

Herzbrechende Szenen am Eingang des Schachtes

Wilkesbarre, Pa., 5. Juni. — Infolge einer Explosion im Baltimore Tunnel der Delaware & Hudson Coal Company sind 125 Grubenleute ums Leben gekommen und 60 andere verletzt worden. Bis jetzt sind etwa 90 Leichen geborgen worden. Die Beamten der Gesellschaft sagen, befinden sich noch 30 Leichen im Kohlenbergwerk. Mehrere der Verletzten sind bereits gestorben, und andere im Hospital befindliche Kohlengraber sind so schwer verletzt, daß sie nicht mit dem Leben davon kommen werden. Tausende vor Angst und Schrecken fast maßlos gewordene Frauen und Kinder, Angehörige von Grubenleuten, die in dem Tunnel arbeiteten, eilen wehlagend von einer Morgue in die andere, um in Erfahrung zu bringen, ob ihre Ernährer sich unter den Opfern befinden.

Frauenstimmrecht im Senat angenommen

Dasselbe muß jedoch, ehe es in Kraft tritt, von den Staaten ratifiziert werden.

Washington, 5. Juni. — In der gestrigen Senatssession wurde das Susan B. Anthony Amendment, welches den Frauen der Vereinigten Staaten das Stimmrecht gewährt, mit 56 gegen 25 Stimmen angenommen. Dieser Gesetzesvorschlag wurde im Jahre 1875 von Susan B. Anthony ausgearbeitet und 1878 von Senator Sargent von Kalifornien dem Bundesrat zur Abstimmung vorgelegt, so daß die Verfechter des Frauenstimmrechtes tatsächlich über vierzig Jahre für die Annahme des Gesetzes kämpften. Das Abgeordnetenhaus hatte diese Vorlage bereits beim ersten Zusammentritt des neuen Kongresses am 21. Mai mit 304 gegen 89 Stimmen angenommen.

Das dieser Zusatz zur Bundeskonstitution jedoch Gesetzeskraft erhält, muß er von den abgesetzenden Körperschaften oder Legislaturen von mindestens 36 der 48 Staaten des Landes ratifiziert werden.

Für das Frauenstimmrecht erklärten sich nachstehende Senatoren: Republikaner: Cooper, Cummins, Curtis, Edge, Ekins, Fall, Fernald, France, Frelinghuysen, Gronna, Hale, Harding, Johnson (von California), Jones (von Washington), Kellogg, Keweenaw, La Follette, Lenoir, McCormick, McCumber, McLean, New, Newberry, Norris, Page, Phillips, Poindexter, Sherman, Smoot, Spencer, Sterling, Sylvester, Warren, Watson. — Zusammen 33. — Republikaner: Wagner, Culler, Harris, Henderson, Jones (New Mexico), Kendrick, Kirby, McCallar, Myers, Nugent, O'Brien, Pittman, Ransbald, Sheppard, Smith (Arizona), Stallen, Thomas, Walsh (von Montana). — Zusammen 29. — Zusammen 56 Stimmen.

Gegen Annahme der Vorlage erklärten sich: Republikaner: Vora, Brandegee, Dillingham, Knox, Lodge, McKeon, Moles und Washburn. — Zusammen 8. — Demokraten: Baughman, Beckham, Dial, Fisher, Gay, Harrison, Hitchcock, Overman, Reed, Simmons, Smith von Maryland, Smith von Süd-Carolina, Swenson, Trammell, Underwood, Williams und Wolcott. — Zusammen 25 Stimmen.

Der Beschlus des Amendements. Artikel 1, Sektion 1 — Das Stimmrecht der Bürger der Vereinigten Staaten soll von den Vereinigten Staaten wegen Geschlechtsangehörigkeit nicht verweigert oder verweigert werden. Sektion 2 — Dem Kongress ist die Macht gegeben, die Verfügungen dieses Artikels durch zweckdienliche Gesetze auszuführen.

Verschiedene Senatoren verführten die Frauenstimmrechts-Vorlage durch Amendments umändern, waren aber in ihren Bemühungen erfolglos. Die Befürworter und Wortkämpfer des Frauenstimmrechtes hoffen zuverlässig, daß dasselbe bis nächsten Frühjahr von der nötigen Anzahl von Staatslegislaturen ratifiziert werden wird, um Gesetzeskraft zu erlangen. Senator Gay dagegen behauptet, daß die Südstaaten die Annahme dieses Gesetzes, welches auch jeder Vegerin das Stimmrecht verleihe würde, erfolgreich bekämpfen werden.

Wetterbericht

Für Omaha und Umgegend — Wahrscheinlich Schauer heute nachmittags und abends. Freitag teilweise bewölkt. Wenig Wechsel in Temperatur. Für Nebraska — Allgemein schon heute abend und Freitag, gefolgt von Schauern im nördlichen Teil heute abend. Wenig Wechsel in Temperatur. Für Iowa — Wahrscheinlich Schauer heute nachmittags und abend. Freitag teilweise bewölkt. Wenig Wechsel in Temperatur.